



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 57 der öffentlichen Sitzung am 5. November 2019

Vorlagen-Nr. 19-V-66-0112

Zusätzlicher Personalbedarf zur Einführung eines E-Mobility-Hub im Stadtgebiet Wiesbaden

Beschluss Nr. 0339

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. mit der Übernahme der Maßnahmen aus dem Sofortpaket zum Luftreinhalteplan (18-V-36-0021 StVV-Beschluss Nr. 0379 v. 06.09.2018) in den Luftreinhalteplan des Landes Hessen für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Landeshauptstadt Wiesbaden zur Realisierung dieser Maßnahmen verpflichtet ist.
 - 1.2. diesen verpflichtend zu realisierenden Maßnahmen auch die unter Nr. 2.5 des Maßnahmenpaketes genannte Errichtung eines E-Mobility-Hub zuzurechnen ist.
 - 1.3. zur Realisierung des Vorhabens neben den Kosten für konstruktive Maßnahmen (insbesondere Ladeinfrastruktur) auch Personalbedarf entsteht.
 - 1.4. das Tiefbau- und Vermessungsamt für das Vorhaben Fördermittel in Höhe von 8,5 Millionen Euro bei einer Förderquote von 100% beantragt hat, bei deren Realisierung ein bedeutender Teil der Kosten für dieses Vorhaben durch Zuwendungsgeber gedeckt wird.
 - 1.5. die Förderung des Personaleinsatzes jedoch begrenzt ist, so dass sich gemäß der im Weiteren folgenden Personalbedarfskalkulation eine Förderquote von 75% der Kosten ergibt mit der Folge, dass ein Eigenanteil an diesen Kosten bei der Stadt verbleiben wird.
 - 1.6. bei V/66 in dem Sachgebiet 660120 - Informations- und Flächenmanagement ein zusätzlicher und auf drei Jahre befristeter Personalbedarf von einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) (EG 10 TVöD) und in der neu geschaffenen Stabsstelle 660020 -Nachhaltige Urbane Mobilität ein zusätzlicher und auf drei Jahre befristeter Personalbedarf von drei Vollzeitäquivalenten (VZÄ) (EG 14 TVöD, EG 13 TVöD und EG 09a TVöD) zur Einführung eines E-Mobility-Hub im Stadtgebiet Wiesbaden besteht.
2. Aus diesem Grund wird beschlossen, dass bei V/66 zum Stellenplan 2020/2021 4 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zugesezt werden.
3. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten für 2020 in Höhe von 212.400 € und für 2021 in Höhe von 361.830 Euro (Gesamtkosten für die Haushaltsjahre 2020/2021 - 574.230 Euro) zzgl. Tarif- und Besoldungserhöhungen. Als Folgekosten für das Jahr 2022 entstehen Gesamtkosten in Höhe von 377.572,50 €.
4. Zur Errichtung des E-Mobility-Hubs wurde beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Förderantrag (100 %-Förderung) gestellt, bei dem auch die Personalkosten förderfähig

sind. Für die Landeshauptstadt Wiesbaden fallen daher in den Jahren 2020 nur anteilige Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 40.223 € und in 2021 in Höhe von 92.720 € an. Diese anfallenden Kosten werden von V/66 auf den personalführenden Kostenstellen 1100031 als weiterer Bedarf zum Haushalt 2020/2021 angemeldet.

Die Stellen werden ab 01.01.2020 bzw. 01.04.2020 gefördert. Auf Grund dieser Förderung dürfen die Stellen zum 01.01.2020 (2 VZÄ) bzw. zum 01.04.2020 (2VZÄ) von Dezernat V/66 besetzt werden.

Die Finanzierung der Personalkosten erfolgt bis zum 31.08.2020 aus dem Dezernatsbudget V/66.

5. Der beantragte zusätzliche und befristete Personalbedarf von 4 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) steht unter dem Vorbehalt, dass der Projektträger DLR die erwarteten Fördermittel in Höhe von ca. 8,5 Mio. € per Förderbescheid bewilligt.
6. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals des Dezernats V um 4 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) zu erhöhen

Tagesordnung II

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2019

Belz
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2019

Dezernat I/11
Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister